

Sitzung am: Dienstag, 26. Februar 2013 Nr. 2 Ö	Tagesordnungspunkt: 4
Überprüfung der gemeindeeigenen Dachflächen hinsichtlich Solarnutzung	
hier: Antrag der Fraktion der FW vom 25.10.2011	

Ausführungen und Beschluss:

Der Klimaschutz- und Energiemanager Walter Gusek hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage. **Gemeinderat Karl Ittensohn** ist der Meinung, dass Solarthermie oder Photovoltaikanlagen nicht nur rein wirtschaftlich betrachtet und deshalb abgelehnt werden sollten. Erneuerbare Energien sollten soweit wie möglich genutzt werden, zumal die Preise für Strom und Gas in Zukunft weiter steigen werden. Er unterstützt den Beschlussvorschlag. Er fragt, warum der Bauhof nicht und das Rathaus nur in geringem Umfang für die Nutzung für Solarthermie und Photovoltaik geeignet sind. Er vermisst außerdem in der Vorlage ein Finanzierungs- bzw. Betriebsmodell für die vorgesehenen Solarthermie bzw. Photovoltaikanlagen.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass die Gesellschaftsform nach wirtschaftlichen und steuerlichen Gesichtspunkten noch zu klären ist. Hier muss die sinnvollste Lösung gesucht werden.

Herr Walter Gusek erklärt, dass die bestehenden Leitungen des Bauhofes zu klein ausgelegt sind. Hier wären Tiefbauarbeiten und Veränderungen am Hausanschluss erforderlich.

Gemeinderat Albert Weinlein signalisiert Zustimmung zum Beschlussvorschlag. Er möchte wissen, wo der im Gebäude Wiesenstraße 2 erzeugte Strom genutzt werden soll.

Herr Walter Gusek erklärt, dass das Gebäude auf dem Areal der Parkringschule liegt. Eventuell könnte hier eine Nutzung erfolgen.

Gemeinderat Dr. Paul Hanke ist der Meinung, dass Solarthermie oder Photovoltaikanlagen nur gebaut werden sollten, wenn sie auch gut nutzbar sind. Die Möglichkeit der Koppelung des Gebäudes Wiesenstraße 2 mit der Sporthalle wäre gut denkbar und sollte überprüft werden. Ebenso hält er den Aufbau von Photovoltaikanlagen auf den Gebäuden des Eigenbetriebs Abwasserversorgung für sinnvoll, da hier rund um die Uhr Energie benötigt wird.

Gemeinderat Roland Hecker bedankt sich für die informative Vorlage und signalisiert Zustimmung. Er schließt sich der Meinung seines Vorredners an und möchte kein Einsatz von regenerativen Energien um jeden Preis.

Herr Walter Gusek erklärt, dass z.B. durch die kleine vorgeschlagene Anlage auf dem Dach des neuen Rathauses bereits die Grundlast abgedeckt werden könnte.

Gemeinderätin Andrea Heim signalisiert ebenfalls Zustimmung.

Gemeinderat Karl Ittensohn bittet auch das neue Hortgebäude in die Überlegungen einzubeziehen und für den Bereich der Parkringschule ein komplettes Konzept zu erarbeiten.

Bürgermeister Dr. Eger stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung die Ausschreibung der Bestückung folgender Liegenschaften vorzubereiten:

Gemeinde:

Sporthalle Rot	100 m ² Solarthermie (ca. 36.000,-- €)
Rathaus	63 m ² Photovoltaik (ca. 13.000,-- €)

KWG:

Wiesenstraße 2	210 m ² Photovoltaik (ca. 43.500,-- €) (Mit der Maßgabe, dass die Optimierung überprüft wird)
----------------	--

EB Abwasser:

Betriebsgebäude	530 m ² Photovoltaik (ca. 110.000,-- €)
Maschinenhaus	250 m ² Photovoltaik (ca. 51.000,-- €)
Hebewerk	140 m ² Photovoltaik (ca. 29.000,-- €)
Gebläse und Pumpen	140 m ² Photovoltaik (ca. 29.000,-- €)

Die erforderlichen Mittel werden planmäßig im Haushalt bzw. Wirtschaftsplan 2014 veranschlagt. Eine Auftragsvergabe erfolgt somit frühestens 2014. Sollte eine frühere Auftragsvergabe sinnvoll und möglich sein, wird der Gemeinderat frühzeitig darüber informiert.

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Sitzung am: Dienstag, 26. Februar 2013 Nr. 2 Ö	Tagesordnungspunkt: 5
Energiekarawane, hier: Bewerbung der Gemeinde St. Leon-Rot für 2014/15	

Ausführungen und Beschluss:

Der Klimaschutz- und Energiemanager Walter Gusek hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Gemeinderat Siegfried Köck freut sich, dass sich die Gemeinde des Themas der CO₂-Reduzierung annimmt und signalisiert Zustimmung. Er möchte wissen, ob außer der freien Beratung durch die Energieberater auch noch Fördermittel für die Hausbesitzer zur Verfügung stehen.

Herr Walter Gusek erklärt, dass die Energieberater vor Ort über die vielfältigen Fördermöglichkeiten im Einzelfall informieren werden.

Gemeinderat Albert Weinlein signalisiert Zustimmung, da vielen Hauseigentümern die Sparpotenziale in ihren Gebäuden überhaupt nicht bewusst sind.

Gemeinderat Dr. Paul Hanke signalisiert ebenfalls Zustimmung und er möchte wissen, von wem die Klima-

berater bezahlt werden.

Herr Walter Gusek erklärt, dass die Kampagne vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gefördert wird.

Bürgermeister Dr. Eger ergänzt, dass auch die Metropolregion Rhein-Neckar am Projekt beteiligt ist.

Gemeinderat Michael Herling möchte wissen, ob das Projekt um weitere Objekte ausgeweitet werden könnte.

Herr Walter Gusek erklärt, dass max. 400 Objekte in einer Gemeinde gefördert werden. Sollten allerdings in den ausgewählten Gebieten weniger Beratungen durchgeführt werden, können nachträglich andere Gebiete einbezogen werden.

Gemeinderätin Andrea Heim begrüßt die Initiative ebenfalls. Sie fragt, nach welchen Kriterien die genannten Straßenzüge ausgewählt wurden.

Herr Walter Gusek erklärt, dass die Gebiete nach Größe sowie Alter der dort befindlichen Gebäude gesucht wurden.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung die Bewerbung der Gemeinde St. Leon-Rot zur Energiekarawane für die Jahre 2014/15 vorzunehmen. Es sind jeweils ca. 200 Häuser in Rot und St. Leon vorgesehen.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von 2.000 €, werden planmäßig im Haushalt 2014 veranschlagt.

Sitzung am: Dienstag, 26. Februar 2013 Nr. 2 Ö	Tagesordnungspunkt: 6
Klimaschutz, hier: Bericht des Klimaschutzbeauftragten	

Ausführungen und Beschluss:

Der Klimaschutz- und Energiemanager Herr Walter Gusek hält Sachvortrag entsprechend der dem Protokoll beigefügten PowerPoint Präsentation.

Der Gemeinderat nimmt den Bericht des Klimaschutzbeauftragten zur Kenntnis.

Sitzung am: Dienstag, 26. Februar 2013 Nr. 2 Ö	Tagesordnungspunkt: 7
Gründung eines Landschaftserhaltungsverbands Rhein-Neckar e.V. hier: Beitritt der Gemeinde St. Leon-Rot als Gründungsmitglied	

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage und erklärt die Aufgaben des neu zu gründenden Verbandes. Der Gemeinderat soll heute entscheiden, ob die Gemeinde St. Leon-Rot dem Verband als Gründungsmitglied beitreten möchte. Natürlich ist auch ein späterer Beitritt zum Verband möglich.

Gemeinderat Karl Ittensohn hinterfragt die Notwendigkeit eines solchen Verbandes. Er hält einen Beitritt der Gemeinde zurzeit nicht erforderlich.

Gemeinderat Achim Schell fragt, ob die Landschaftserhaltung nicht Aufgabe des Landratsamtes bzw. der Naturschutzbehörde beim Landratsamt ist.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass es auch im Kreistag unterschiedliche Meinungen zur Gründung des Landschaftserhaltungsverbandes gab. Die beim Landratsamt angesiedelte Naturschutzbehörde soll natürlich weiterhin erhalten bleiben.

Auch **Gemeinderat Benjamin Speckert** ist der Meinung, dass eine Mitgliedschaft in dem neuen Landschaftserhaltungsverband nicht erforderlich ist.

Gemeinderat Rudi Heger signalisiert Zustimmung zur Beschlussvorlage.

Gemeinderätin Andrea Heim ist der Meinung, dass zuerst einmal die Aktivitäten des Verbandes abgewartet werden sollten. Ein späterer Beitritt ist immer noch möglich.

Bürgermeister Dr. Eger stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Die Gemeinde St. Leon-Rot tritt dem zu gründenden Landschaftserhaltungsverband Rhein-Neckar e.V. als Gründungsmitglied bei. Der Jahresmitgliedsbeitrag beträgt vorbehaltlich der noch zu beschließenden Beitragsordnung für die Gemeinde St. Leon-Rot 500 € pro Jahr.

Der Gemeinderat lehnt den Beschlussvorschlag mit 13 Nein- Stimmen, 1 Enthaltung und 6 Ja- Stimmen, ab.

Sitzung am: Dienstag, 26. Februar 2013 Nr. 2 Ö	Tagesordnungspunkt: 8
Straßenunterhaltung/-erhaltung, hier: Sachstandsbericht	

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage. Er ergänzt, dass insgesamt ca. 7 km Straßen in den nächsten Jahren zur Sanierung anstehen. Diese Sanierungen müssen auf die nächsten 4 bis 5 Jahre verteilt werden.

Sprecher aller Fraktionen bedanken sich für die Information und bitten den Bericht fortzuschreiben und den Gemeinderat regelmäßig darüber zu informieren.

Gemeinderat Siegfried Köck regt an, im Bereich Pfarrweg/Kronauer Straße eine Lösung für den fehlenden Fußgängerweg zu finden sowie die Grimmstraße baldmöglichst in das Sanierungsprogramm aufzunehmen.

Sitzung am: Dienstag, 26. Februar 2013 Nr. 2 Ö
Deckensanierung 2013, hier: Auftragsvergabe

Tagesordnungspunkt: 9

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Gemeinderat Theo Vetter fragt, ob der Unterbau der betreffenden Straßen sorgfältig geprüft wurde um keine Überraschungen zu erleben.

Bauamtsleiter Werner Kleiber erklärt, dass der Unterbau soweit als möglich geprüft wurde. Trotzdem ist nicht auszuschließen, dass nach dem Auffräsen der Straßen evtl. ein Abgleich gemacht werden muss.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Auftrag zur Deckensanierung mit einer vorläufigen Auftragssumme von 328.662,23 € an die Firma Harsch aus Bretten zu vergeben.

Sitzung am: Dienstag, 26. Februar 2013 Nr. 2 Ö
Jahresunternehmerleistung 2013, hier: Auftragsvergabe

Tagesordnungspunkt: 10

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Auftrag für die Jahresunternehmerleistungen im Tiefbau an die Firma LW Bau aus Eppelheim zu erteilen. Als Vertragsgrundlage werden die Einheitspreise aus dem Leistungskatalog 600, 606 und 615 ohne einen Aufschlag vereinbart, an die sich die Firma bis zum 28.02.2014 bindet. Die konkrete Beauftragung erfolgt in Einzelaufträgen, in denen Leistungsumfang, der Durchführungszeitraum und der Kostenträger festgelegt wird.

Sitzung am: Dienstag, 26. Februar 2013 Nr. 2 Ö
Beleuchtung Radweg zum St. Leoner See, Tiefbauarbeiten und Beleuchtungsanlage
hier: Auftragsvergabe

Tagesordnungspunkt: 11

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Gemeinderat Karl Ittensohn erklärt, dass die Fraktion der Freien Wähler gegen die Beleuchtung des Radweges gestimmt hat und deshalb auch heute keine Zustimmung erteilen wird. Er möchte wissen ob, wie in der November-Sitzung beschlossen, auch eine sogenannte mitlaufende Beleuchtung angefragt worden ist und ob der benötigte Strombedarf für die Beleuchtung ermittelt wurde. Er zeigt sich überrascht über die schnelle Umsetzung des Projektes. Er betont, dass nur ein Radweg entlang der Reilinger Straße wirklich sinnvoll sei. Er regt an, beim geplanten neuen Radweg an der L 628 evtl. schon Verkabelungen für eine spätere Beleuchtung vorzusehen.

Bauamtsleiter Werner Kleiber erklärt, dass der Antrag für die Beleuchtung des Weges zum St. Leoner See von der SPD- Fraktion schon aus dem Jahr 2011 stammt, in den Haushalt 2012 eingestellt wurde und im November im Gemeinderat beraten wurde. Die mitlaufende Beleuchtung bzw. das bedarfsgerechte Licht wurde in der Ausschreibung berücksichtigt. Der Strombedarf für eine normale dauerhafte LED- Beleuchtung wäre ca. 1.800,00 € pro Jahr, das intelligente Licht benötigt ca. 300,00 € pro Jahr.

Gemeinderat Roman Heger ist erfreut, dass die mitlaufende Beleuchtung Berücksichtigung gefunden hat. Er fragt, ob evtl. auf dem Boden angebrachte Leuchten nicht noch besser gewesen wären.

Bauamtsleiter Werner Kleiber erklärt, dass Bodenleuchten auf Wirtschaftswegen wegen des Befahrens durch Traktoren und ähnlichen Fahrzeugen unzweckmäßig sind.

Gemeinderat Ferdinand Speckert erklärt, dass er den Beschlussvorschlag ablehnt. Er präferiert weiterhin einen Radweg entlang der Landesstraße und bittet die Verwaltung, diese Forderung weiter zu verfolgen.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass über dieses Thema bereits in der November-Sitzung ausführlich beraten und diskutiert wurde. Die Gemeinde wird das Anliegen weiterhin verfolgen, hat aber bisher nur ablehnende Aussagen vom Land erhalten.

Gemeinderat Roland Hecker kann die Diskussion im Rat nicht nachvollziehen, da die Beleuchtung in der November-Sitzung des Gemeinderats bereits beschlossen wurde. Er fragt, ob der Gemeinderat seine Zustimmung überhaupt noch versagen kann, da die Ausschreibung bereits erfolgt ist.

Bauamtsleiter Werner Kleiber erklärt, dass die Ausschreibung für die Beleuchtungsanlage und die Tiefbauarbeiten ordnungsgemäß nach VOB erfolgt ist. Aufhebungsgründe, z.B. eine Finanzierungslücke liegen nicht vor. Falls die Ausschreibung dennoch aufgehoben wird, können die betreffenden Firmen mit Schadenersatzforderungen an die Gemeinde herantreten.

Gemeinderätin Andrea Heim ist enttäuscht über die Meinungsäußerungen im Rat, da im November der Beschluss für die Beleuchtung des Radweges gefasst wurde. Dieser Beschluss sollte vom Gemeinderat auch akzeptiert werden.

Gemeinderat Adolf Geider erklärt, dass er keine Zustimmung erteilen wird, da nur ein Radweg an der Reilinger Straße sinnvoll sei. Da das Land den Radweg nicht bauen kann oder möchte, sollte der Radweg in Eigenregie von der Gemeinde gebaut und finanziert werden.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass die Mehrheit des Gemeinderates für eine Beleuchtung des Weges zum

St. Leoner See gestimmt hat. Die Ausschreibung ist erfolgt. Die inhaltliche Diskussion sollte nicht noch einmal aufgerollt werden.

Gemeinderat Roman Heger fordert ebenfalls, einen Radweg an der Landesstraße von der Gemeinde zu bauen und zu finanzieren.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass diese Maßnahme auf jeden Fall sehr zeitaufwendig ist, da sehr viele Grundstückseigentümer beteiligt sind. Falls der Gemeinderat heute den Beschlussvorschlag ablehnt, muss er als Bürgermeister prüfen, ob er gegen diesen Beschluss Widerspruch einlegt, weil durch den Beschluss Schadenersatzforderungen an die Gemeinde herangetragen werden könnten und Schaden für die Gemeinde entsteht.

Gemeinderat Benjamin Speckert schließt sich den Anträgen von Roman Heger und Adolf Geider an.

Gemeinderat Roland Hecker sieht die Verpflichtung des Gemeinderates, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen, da die Verwaltung vom Gemeinderat beauftragt wurde die Beleuchtung auszuschreiben.

Gemeinderätin Beate Rössler stellt den Antrag auf Abstimmung und Ende der Diskussion.

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag mit 19 Ja- Stimmen und 1 Gegenstimme zu.

Anschließend fasst der Gemeinderat mit 10 Ja- Stimmen bei 4 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Auftrag für die Leistungen zur Errichtung der Beleuchtungsanlage mit einer vorläufigen Auftragssumme von 90.215,33 € an die Firma EnBW Regional aus Ettlingen und den Auftrag für die hierfür erforderlichen Tiefbauarbeiten mit einer vorläufigen Auftragssumme von 24.901,94 € an die Firma Kühnle aus Reilingen zu vergeben.

Sitzung am: Dienstag, 26. Februar 2013 Nr. 2 Ö	Tagesordnungspunkt: 12
Umgestaltung Ortsdurchfahrt Rot, Erneuerung von Wasserversorgungsleitungen Knoten 1 bis 3 hier: Auftragsvergabe	

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Gemeinderat Karl Ittensohn signalisiert Zustimmung. Er fragt, wie es zu der erhöhten Auftragssumme kommt.

Bauamtsleiter Werner Kleiber erklärt, dass die genaue Größenordnung der Maßnahme zum Zeitpunkt der Mittelanmeldungen noch nicht bekannt war. Erste Schätzungen durch das Fachbüro gab es erst im November/Dezember letzten Jahres.

Gemeinderat Roman Heger und **Gemeinderat Roland Hecker** signalisieren ebenfalls Zustimmung.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Betriebsleitung wird ermächtigt, den Auftrag für die Leistungen zur Erneuerung der Wasserversorgungsleitung der Ortsdurchfahrt Rot, Knoten 1 bis 3 mit einer vorläufigen Auftragssumme von 376.047,37 € an die Firma Klaus Reimold GmbH aus Gemmingen zu vergeben.

Die überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 100.000 € netto werden genehmigt.

Sitzung am: Dienstag, 26. Februar 2013 Nr. 2 Ö	Tagesordnungspunkt: 13
Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang an die öffentliche Wasserversorgung im Gewann Röschwiesen, Flst. Nr. 5693/1, Gemarkung Rot	

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage und stellt den Beschlussvorschlag vor.

Gemeinderat Karl Ittensohn signalisiert Zustimmung, da die Verwendung von vollaufbereitetem Trinkwasser zur Bewässerung von Grünflächen unsinnig wäre. Er fragt nach der Laufzeit für die Nutzung des Brunnens und äußert Bedenken wegen der Nähe zur ehemaligen Sondermülldeponie Malsch. Ebenso empfindet er die Höhe der Ausgleichszahlung als relativ gering.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass die Laufzeit vom Landratsamt im Wasserrechtsverfahren festgelegt wird. Bisher üblich waren 30 Jahre. Die Anregung, dass die Auswirkungen auf die Sondermülldeponie Malsch von der Genehmigungsbehörde besonders berücksichtigt werden sollen, kann in die Zustimmung der Gemeinde aufgenommen werden.

Betriebsleiterin Angelika Laux erklärt, dass zu diesem Thema bereits ein Gutachten vorliegt, wonach keine Gefahren zu erwarten sind.

Gemeinderat Roman Heger signalisiert Zustimmung.

Gemeinderat Dr. Paul Hanke signalisiert ebenfalls Zustimmung, da das Wasser zum Großteil wieder im Boden versickert bzw. verdunstet. Die Höhe der Ausgleichszahlung für die Dauer von 30 Jahren hält er für relativ gering. Er gibt zu bedenken, dass jeder Hauseigentümer für seinen Gartenwasserzähler jährlich eine Abrechnung pro m³ verbrauchtem Wasser erhält.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass landwirtschaftlich genutzte Brunnen ohne Ausgleichszahlung genehmigt werden, weil sie der Nahrungsmittelproduktion dienen. Hiergegen muss der Golfclub eine Ausgleichszahlung an die Gemeinde für die Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang an die öffentliche Wasserversorgung zahlen. Die Höhe der Ausgleichszahlung wurde an die bisher üblichen Zahlungen angelehnt.

Gemeinderat Roland Hecker signalisiert Zustimmung. Er merkt an, dass das Gelände des Golfclubs nicht nur von den Golfern selbst, sondern auch von den Bürgern der Gemeinde als Naherholungsgebiet genutzt wird.

Gemeinderätin Andrea Heim signalisiert ebenfalls Zustimmung.

Gemeinderat Adolf Geider gibt zu bedenken, dass nicht ausgeschlossen werden kann, dass der Brunnen doch Auswirkungen auf die ehemalige Sondermülldeponie hat. Er bittet darum, die vielen genehmigten Brunnen kritisch zu betrachten, mit der Bewässerung sollte sparsamer umgegangen werden. Dies sollte auch von der Gemeinde kontrolliert werden. Außerdem sollte darauf geachtet werden, dass die bestehenden Brunnen abgeschlossen werden um Missbrauch zu verhindern.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass die Brunnen kontrolliert werden.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Dem wasserrechtlichen Antrag des Golfclub St. Leon-Rot, einen Brunnen für die Beregnung der neuen Driving-Range zu errichten, wird zugestimmt.

Die Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang an die öffentliche Wasserversorgung auf dem Grundstück, Flst. Nr. 5693/1, Gemarkung Rot, Gewann Röschwiesen, wird erteilt.

Der wirtschaftliche Wert dieser Befreiung ist mit 50.000 € durch den Antragsteller an die Gemeinde auszugleichen. Dieser Betrag fließt dem Eigenbetrieb Wasserversorgung uneingeschränkt zur Stützung des allgemeinen Wasserpreises zu.

Den planerischen Grundlagen zum Wasserrechtsverfahren wird zugestimmt.

Die Genehmigungsbehörde wird gebeten, speziell im Hinblick auf Belastungen durch die ehemalige Abfalldeponie Malsch zu prüfen.

Sitzung am: Dienstag, 26. Februar 2013 Nr. 2 Ö

Tagesordnungspunkt: 14

Neubau Hortgebäude sowie angegliederte Gymnastikhalle in St. Leon-Rot, OT Rot, Wiesenstraße 6 hier: Anpassung der Planung

Ausführungen und Beschluss:

Ortsbaumeister Peter Dietz hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass die Idee, die drei Geschosse des Neubaus auf Schulraumhöhe auszubauen aus dem Wunsch der Weiterentwicklung der Parkringschule in eine Gemeinschaftsschule resultiert war. Da die vermehrte Raumhöhe zu beträchtlichen Mehrkosten führt und keine Zuschussmöglichkeiten über die Schulbauförderrichtlinien bestehen, wird heute vorgeschlagen, lediglich eine Etage des neuen Gebäudes für eine eventuelle Schulnutzung auszubauen. **Bürgermeister Dr. Eger** informiert, dass die Schulleitung der Parkringschule in die nächste Sitzung des Gemeinderates eingeladen ist und über die geplante Weiterentwicklung der Schule bezüglich Ganztags- und Gemeinschaftsschule berichten soll.

Gemeinderat Karl Ittensohn erachtet die durch die allgemeine Preissteigerung, durch die geforderte weitergehende Dämmung sowie durch die Gründungsprobleme verursachten Mehrkosten des Gebäudes für unabdingbar. Der verminderten Geschosshöhe möchte er jedoch nur zustimmen, wenn dadurch keinerlei Einschränkung der Nutzbarkeit der Räumlichkeiten erfolgt und das Gebäude in einigen Jahren z.B. auch einmal für Projekte der Seniorenarbeit oder ähnliches genutzt werden kann.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass die Kostenschätzung für das Gebäude aus 2011 nur auf eine Nutzung des Gebäudes für Kinderbetreuungszwecke basiert. Die Idee, das Gebäude evtl. einmal als Schulraum nutzen zu können kam erst später und war in den ursprünglichen Planungen nicht berücksichtigt.

Ortsbaumeister Peter Dietz erklärt, dass sich die Höhe eines Raumes grundsätzlich nach der Raumgröße richtet. Nur in den Schulbaurichtlinien werden besondere Raumhöhen vorgeschrieben. Sowohl für Kinderbetreuung wie auch z.B. bei Seniorennutzung genügen die normal hohen Decken. Er erklärt weiter, dass auch nur für den Bereich der Gymnastikhalle eine Belüftungsanlage vorgesehen ist. Im Kinderbetreuungsbereich wird lediglich die Möglichkeit des späteren Einbaus einer Belüftungsanlage geschaffen.

Gemeinderat Albert Weinlein betont, dass lediglich die Verteuerung durch die größere Baumasse zu beeinflussen ist. Deshalb muss darüber entschieden werden, ob eine schulische Nutzung erforderlich ist oder nicht. Die weiteren Gründe für die Kostensteigerungen können nicht beeinflusst werden.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass das Gebäude komplett für die Hort- und Kleinkindbetreuung ausgelegt ist. Sämtliche geplante Räume sind hierfür erforderlich. Eine eventuelle Nutzung der Räume für schulische Zwecke in naher Zukunft ist nicht abzusehen.

Ortsbaumeister Peter Dietz erklärt, dass die Kostenschätzung nach dem aktuellen Baukostenindex der Architektenkammer fortgeschrieben wurde. Die neue Schätzung beinhaltet diese Preissteigerungen sowie die Mehrkosten für neue bzw. geänderte technische Anforderungen an öffentliche Gebäude.

Gemeinderat Ferdinand Speckert erklärt, dass bei weiteren Verzögerungen mit dem Baubeginn nicht nur die Kosten für das geplante Gebäude steigen sondern auch z.B. die Kosten für die angemieteten Container berücksichtigt werden müssen. Er bittet deshalb heute eine Entscheidung zu treffen, sowie einen Terminplan für den Bau des Kinderbetreuungsgebäudes aufzustellen und diesen auch einzuhalten. Er möchte wissen, wann mit dem Baubeginn des Gebäudes zu rechnen ist und wann es fertiggestellt sein soll.

Ortsbaumeister Peter Dietz erklärt, dass durch die Umplanung zwar etwas Zeit verloren gegangen ist, der Baubeginn aber dennoch im Mai/Juni sein soll. Die Fertigstellung des Gebäudes wird für September 2014

angestrebt. Abzuwarten ist hier jedoch, ob die Gründung des Gebäudes problemlos laufen wird.

Gemeinderat Rudi Heger ist überrascht über die Diskussion zu den Umnutzungsmöglichkeiten des neuen Gebäudes. Er signalisiert Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Gemeinderätin Andrea Heim bedankt sich für die frühe Information des Gemeinderates über die Kostensteigerung. Sie bittet das Projekt nun zügig umzusetzen. Von der Schulleitung der Parkingschule wünscht sie sich umfassende Informationen wie es mit der Entwicklung der Schule weitergehen soll.

Bürgermeister Dr. Eger fasst zusammen, dass das geplante Gebäude mit der Unterbringung des Hortes und der Kernzeitbetreuung für die Kinder der 1. bis 4. Klasse sowie durch die Nutzung der Kleinen Strolche für die Kleinkindbetreuung ausgelastet ist. Das Gebäude ist bedarfsgerecht geplant. Die Schule erhält durch die Umgestaltung der Lichthöfe die für den Betrieb der Ganztagschule erforderlichen Räumlichkeiten.

Gemeinderat Siegfried Köck bestätigt den Bedarf für Hort-, Kernzeit-, und Kleinkindbetreuung in den nächsten Jahren. Jedoch sollte die Möglichkeit einer späteren Umnutzung des Gebäudes nicht durch die Geschosshöhe verbaut werden.

Ortsbaumeister Peter Dietz erklärt nochmals, dass nur für die Schulraumnutzung mehr Deckenhöhe gefordert wird. Er fasst zusammen, dass die Mehrkosten für die Möglichkeit der Schulnutzung im kompletten Gebäude ca. 1 Million € betragen, für die Möglichkeit der Schulnutzung in einer Etage betragen die Mehrkosten 700.000 €

Gemeinderat Dr. Paul Hanke lehnt den Beschlussvorschlag ab. Er plädiert dafür, die Möglichkeit der Schulnutzung im gesamten Gebäude vorzusehen.

Gemeinderat Roland Hecker bittet darum, die Bevölkerungsentwicklung sowie die in der Sitzung ausgeteilte aktuelle Bevölkerungsstatistik der Gemeinde zu beachten. Hieraus lässt sich kaum ein Mehrbedarf an Schulräumen ablesen. Er signalisiert deshalb Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Gemeinderat Albert Weinlein gibt zu bedenken, dass das Gebäude für die Kleinkind- und Grundschulkindbetreuung geplant ist und genutzt werden soll. Er hält Mehrausgaben für die Möglichkeit der schulischen Nutzung nicht für erforderlich.

Gemeinderat Karl Ittensohn fragt nach den genauen Kostenschätzungen für die zwei Varianten. Er möchte wissen, ob es durch die Umplanung noch einmal einen zeitlichen Verzug der Maßnahme geben wird. Außerdem möchte er wissen, ob der nachträgliche Einbau einer Belüftungsanlage mit höheren Kosten zu Buche schlagen würde als wenn direkt beim Neubau eine Belüftungsanlage eingebaut wird.

Ortsbaumeister Peter Dietz erklärt, dass es keine weiteren zeitlichen Verzögerungen durch die Umplanung geben wird. Die Gesamtkosten für das komplette Gebäude und die Möglichkeit der Schulnutzung in allen Etagen belaufen sich auf 7 Millionen €, die Gesamtkosten für das komplette Gebäude und die Möglichkeit der Schulnutzung in einer Etage belaufen sich auf 6,75 Millionen €. Der nachträgliche Einbau einer Belüftungsanlage ist problemlos möglich, da bereits alle Anschlusskanäle etc. vorgesehen werden.

Gemeinderat Benjamin Speckert ist der Ansicht, dass die Mehrkosten für die Möglichkeit der Schulnutzung im gesamten Gebäude in Kauf genommen werden sollten, da nicht abgesehen werden kann welcher Nutzung das Gebäude in 15, 20 oder noch mehr Jahren zugeführt werden soll.

Bürgermeister Dr. Eger stellt den folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Der Gemeinderat beschließt entgegen der derzeit laufenden Planung die Stockwerke EG und OG für Kinderbetreuung zu nutzen und lediglich das Dachgeschoss für eine evtl. Schul- und Klassenraumnutzung zu berücksichtigen. Die Kostenschätzung für diese Variante beläuft sich auf 6,75 Millionen €
Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag mit 14 Ja- Stimmen, bei 5 Gegenstimmen und 1 Enthaltung, zu.

Sitzung am: Dienstag, 26. Februar 2013 Nr. 2 Ö	Tagesordnungspunkt: 15
Prüfungsbericht über die Prüfung der Bauausgaben 2008 bis 2011 der Gemeinde St. Leon-Rot durch die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg	

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Die Sprecher aller Fraktionen verweisen auf die ausführliche Vorberatung des Prüfberichtes im Ausschuss für Umwelt und Technik.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt auf Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Technik vom wesentlichen Inhalt des Prüfberichtes über die überörtliche Prüfung der Bauausgaben der Gemeinde St. Leon-Rot in den Haushaltsjahren/Wirtschaftsjahren 2008 bis 2011 Kenntnis.

Sitzung am: Dienstag, 26. Februar 2013 Nr. 2 Ö	Tagesordnungspunkt: 16
Genehmigung von Spenden für Gemeindeeinrichtungen	

Ausführungen und Beschluss:

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt die Annahme der Spende laut nachfolgender Aufstellung und gibt die Verwendung für die genannten Zwecke frei:

Datum	Spender	Betrag	Empfänger	Verwendungszweck
-------	---------	--------	-----------	------------------

23.01.2013	Dietmar-Hopp-Stiftung	5.000,00 €	Gemeinde St. Leon-Rot Förderstiftung	Förderung örtlicher Vereine
------------	-----------------------	------------	--	--------------------------------

Sitzung am: Dienstag, 26. Februar 2013 Nr. 2 Ö	Tagesordnungspunkt: 17
Verschiedenes, Aktualisierter Muster-Konzessionsvertrag der EnBW Regional AG	

Ausführungen und Beschluss:

Kämmereileiter Harry Zorn erklärt, dass die Gemeinde mit der EnBW Regional AG einen Konzessionsvertrag mit einer Laufzeit bis zum 28. Februar 2031 geschlossen hat. Gemeindetag und Städtetag sowie die beteiligten regionalen Verbände haben sich auf eine Aktualisierung dieses Muster-Konzessionsvertrages verständigt. Die Vertragslaufzeit ändert sich nicht. Die Änderungen erfolgen laut Gemeindetag ausschließlich zugunsten der Kommunen.

Der Gemeinderat nimmt den aktualisierten Muster-Konzessionsvertrag der EnBW Regional AG zustimmend zur Kenntnis.

Sitzung am: Dienstag, 26. Februar 2013 Nr. 2 Ö	Tagesordnungspunkt: 18
Wünsche und Anfragen	

Ausführungen und Beschluss:

Gemeinderat Adolf Geider möchte wissen, ob der Erdwall an der Wieslocher Straße aus Sicht des Bürgermeisters unnötig ist. Er bittet außerdem, die Bevölkerung durch einen Artikel in den Gemeindenachrichten darüber zu informieren, dass der Fahrradweg an der Walldorfer Straße erst gebaut werden kann, wenn die Flurbereinigung abgeschlossen ist.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass sich rein rechnerisch aus dem Erdwall keine Verminderung der Lärmbelästigung ergibt.

Gemeinderat Dr. Paul Hanke bemängelt, dass Beschlussvorlagen in den Gemeinderat eingebracht werden - wie beim Tagesordnungspunkt zur Beleuchtung des Radweges - bei dem keine Ablehnung möglich ist. Er bittet deshalb in Zukunft die Ausschreibung und Vergabe an den günstigsten Bieter bereits in den Grundsatzbeschluss mit einzuarbeiten.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass dies ausdrücklich vom Rat in der Vergangenheit nicht so gewünscht wurde. Der Gemeinderat wünschte bisher, dass über die Vergabe separat ein Beschlussvorschlag im Gemeinderat erfolgt.

-/-